

# Sitzungsunterlagen

Sitzung des Personal- und  
Organisationsausschusses  
- verlegt vom 06.05.2016 -  
29.04.2016

# Inhaltsverzeichnis

Vorlagendokumente	3
TOP Ö 1 Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 11.03.2016	3
Vorlage PA/386/2016	3
TOP Ö 2 Einstellung von Verwaltungsnachwuchskräften 2017	6
Vorlage PA/387/2016	6
Bedarfsberechnung PA/387/2016	10
Stellungnahme der Personalvertretung PA/387/2016	11
TOP Ö 3 Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE vom 12.03.2016 - Ausbildungssituation bei der Stadt Fürth	12
Verfügung zum Antrag AG/0730/2016	12
16.03.12 LINKE Antrag Ausbildungssituation bei der Stadt Fürth AG/0730/2016	14
TOP Ö 4 Stellenplan Rf. IV / SzA, Wohngeld - Personalbedarf	16
Vorlage OrgA/085/2016	16
TOP Ö 5 Stellenplan Rf. V / GWF / BaF; Einnahmenentwicklung bei den Verwaltungsgebühren der Bauaufsicht	20
Vorlage OrgA/086/2016	20

**I. Vorlage**

<b>Beratungsfolge - Gremium</b> Personal- und Organisationsausschuss	<b>Termin</b> 29.04.2016	<b>Status</b> öffentlich - Beschluss
---	-----------------------------	---

**Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 11.03.2016**

Aktenzeichen / Geschäftszeichen	
<b>Anlagen:</b> -	

**Beschlussvorschlag:**

Die Niederschrift der letzten Sitzung vom 11.03.2016 ist während der gesamten Sitzung ausgelegen. Nachdem keine Einwendungen erhoben wurden, gilt sie als genehmigt.

**Sachverhalt:**

**Finanzierung:**

Finanzielle Auswirkungen <input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Gesamtkosten	€	jährliche Folgekosten <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	€
Veranschlagung im Haushalt <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Hst.	Budget-Nr.	im	<input type="checkbox"/> Vwhh <input type="checkbox"/> Vmhh
wenn nein, Deckungsvorschlag:				

**Beteiligungen**

- II. BMPA / SD zur Versendung mit der Tagesordnung
- III. Beschluss zurück an **Personalamt**

Fürth, 15.04.2016

\_\_\_\_\_  
Unterschrift der Referentin bzw.  
des Referenten

Personalamt  
Schönweiß, Klaus

Telefon:  
(0911) 974-1300



**I. Vorlage**

Beratungsfolge - Gremium	Termin	Status
Personal- und Organisationsausschuss	29.04.2016	öffentlich - Beschluss

**Einstellung von Verwaltungsnachwuchskräften 2017**

Aktenzeichen / Geschäftszeichen	
<p><b>Anlagen:</b> Bedarfsberechnung Stellungnahme der Personalvertretung</p>	

**Beschlussvorschlag:**

Zum 01.09.2017 werden im mittleren Funktionsbereich (2. Qualifikationsebene)  
11 Verwaltungsnachwuchskräfte eingestellt.

Zum 01.10.2017 werden im gehobenen Funktionsbereich (3. Qualifikationsebene)  
9 Verwaltungsnachwuchskräfte eingestellt. Bewerbungen von Beamtinnen und Beamten der  
2. Qualifikationsebene für die Ausbildungsqualifizierung (vormals Aufstieg) werden bei Vorliegen  
der Voraussetzungen entsprochen; jedoch nicht mehr als 2 Personen unter Anrechnung auf den  
Bedarf.

Evtl. nach dem Soldatenversorgungsgesetz (SVG) zugewiesene Soldatinnen/Soldaten rechnen  
auf den Bedarf an.

Das Personalreferat wird ermächtigt, unterjährig vakant werdende Ausbildungsstellen (z.B. wg.  
Abbruch des Ausbildungsverhältnisses oder Nichtbestehen von Prüfungen) nach Möglichkeit  
zeitnah nachzubesetzen. Zudem wird das Personalreferat ermächtigt, wenn trotz intensiver  
Bemühungen im Zuge des Auswahlverfahrens nicht genügend geeignete Bewerberinnen und  
Bewerber gefunden werden, auf die Besetzung von Ausbildungsplätzen zu verzichten und den  
Bedarf ggf. anderweitig zu decken.

**Sachverhalt:**

**Hinweis:**

Mit dieser Vorlage wird auch die Anfrage der Stadtratsgruppe Die Linke beantwortet.

Dem Einstellungsvorschlag der Verwaltung geht eine Personalbedarfsplanung für das Jahr  
2020 voraus, die sich auf zu erwartende Renteneintritte sowie statistische Mittelwerte stützt. Die  
Besetzung der Ausbildungsplätze im mittleren Funktionsbereich erfolgt mit Tarifbeschäftigten

oder mit Beamtinnen und Beamten in Abstimmung mit der Personalvertretung unter Berücksichtigung der Bewerbungen. Dabei soll insbesondere auch der Wunsch des POAu, die Ausbildung von Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen, berücksichtigt werden.

Auf den Einstellungsbedarf in der 3. Qualifikationsebene (3. QE) werden Beamtinnen und Beamte der 2. Qualifikationsebene, die sich für die Ausbildungsqualifizierung (vormals Aufstieg) beworben haben und die förmlichen Voraussetzungen erfüllen, angerechnet. Es können pro Jahr höchstens 2 Beamtinnen oder Beamte zugelassen werden.

Soldatinnen und Soldaten nach dem Soldatenversorgungsgesetz (SVG), die auf Vorbehaltstellen zugewiesen werden, mindern ebenfalls den Einstellungsbedarf. Nach gegenwärtigem Stand wird für 2017 eine Zuweisung in der 3. QE erwartet.

Die Erfahrungen der letzten Auswahlverfahren zeigen, dass es auch in den Kommunen zunehmend schwieriger wird, geeignete Nachwuchskräfte zu rekrutieren. Von 32 eingeladenen Verwaltungsfachangestellten-Bewerberinnen und -Bewerbern im Jahr 2016 haben z.B. nur 26 Personen das Verfahren „bestanden“ und nur 20 Personen gelten als „uneingeschränkt“ geeignet. Angesichts der hohen Anforderungen in der Verwaltungs- und der Berufsschule wie auch in der Praxis wäre ein Absenken der Auswahlkriterien allerdings nicht sinnvoll und teilweise, z.B. im Hinblick auf das bayernweit geltende Auswahlverfahren des Landespersonalausschusses, auch rechtlich nicht möglich.

Die Personalverwaltung bittet daher, für den Fall, dass nicht genügend Bewerberinnen und Bewerber die Auswahlverfahren mit „uneingeschränkt geeignet“ bestehen, im Einzelfall auf die Besetzung von Ausbildungsplätzen verzichten zu dürfen. In diesen Fällen wird sich die Personalverwaltung, in Abstimmung mit der Personalvertretung um anderweitige Lösungen zur Deckung von Personalbedarfen bemühen (z.B. externe Einstellung, Angestelltenlehrgänge I und II, personalwirtschaftliche Maßnahmen). Der personalpolitische Grundsatz, Bedarf durch eigene Ausbildung abzudecken, bleibt davon unberührt.

Die Stadt Fürth bildet nach tatsächlichem Bedarf aus. Diese Handlungsweise hat sich bewährt. Bisher konnten alle Anwärterinnen und Anwärter und alle Verwaltungsfachangestelltenauszubildenden nach erfolgreich abgelegter Prüfung und grundsätzlicher Eignung in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis übernommen werden. Das Verhältnis von Verwaltungsfachangestellten zu den Auszubildenden beträgt derzeit 20:1. Die Stadt Fürth hat ferner sehr großes Interesse in allen Bevölkerungsgruppen Interessentinnen und Interessenten für Ausbildungsplätze für die Stadtverwaltung Fürth zu gewinnen. Hierzu werden Werbeveranstaltungen in Schulen und Vereinen durchgeführt. Außerdem präsentiert sich die Stadt Fürth auf Berufsmessen. Letztendlich entscheiden aber immer die Qualifikation und das Prinzip der Bestenauslese über die Vergabe eines Ausbildungsplatzes.

**Finanzierung:**

Finanzielle Auswirkungen		jährliche Folgekosten	
<input type="checkbox"/> nein	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja
Gesamtkosten	1.190.500 €		€
Veranschlagung im Haushalt			
<input type="checkbox"/> nein	<input checked="" type="checkbox"/> ja	Hst.	Budget-Nr.
			im <input type="checkbox"/> Vwhh <input type="checkbox"/> Vmhh
wenn nein, Deckungsvorschlag:			

**Beteiligungen**

Auftrag:	Käm beteiligt	an Personalamt von	18.04.2016
Ergebnis:			

II. BMPA / SD zur Versendung mit der Tagesordnung

III. Beschluss zurück an **Personalamt**

Fürth, 18.04.2016

---

Unterschrift der Referentin bzw.  
des Referenten

Personalamt Schönweiß, Klaus
---------------------------------

Telefon: (0911) 974-1300
-----------------------------



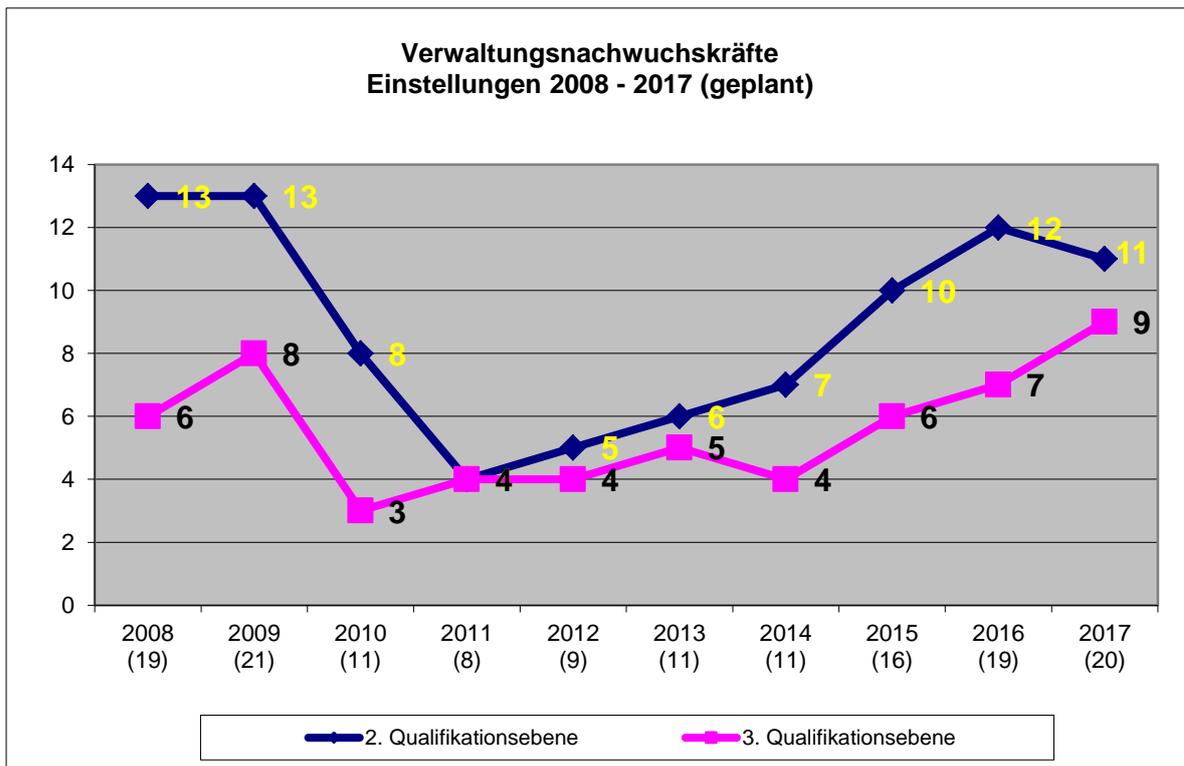
**Einstellungsbedarf 2017 (Verwaltungsausbildung)**

Folgende Darstellungen ergänzen bzw. erläutern die Sachverhaltsdarstellung der Beschlussvorlage zum Einstellungsbedarf im mittleren Funktionsbereich (2. Qualifikationsebene) und gehobenen Funktionsbereich (3. Qualifikationsebene):

Einstellungsjahrgänge 2017 / Prüfungsjahrgänge 2020		2. QE	3. QE
1.	Ruhestand, Pension (Ruhestandsprognose)	5,00	4,00
2.	Dienst-/Erwerbsunfähigkeit, Tod (statistischer Ø)	1,21	1,24
3.	Entlassung, Kündigung, Versetzung (statistischer Ø)	4,32	3,87
4.	Externe Einstellungen, auch IZ-Einstellungen (statistischer Ø)	-2,98	-0,40
5.	Beurlaubung; Rückkehr aus Beurlaubung (statistischer Ø)	-0,21	1,05
6.	Vollzeit in Teilzeit; Teilzeit in Vollzeit (statistischer Ø)	0,52	0,45
7.	Stellenmehrungen/-kürzungen (statistischer Ø)	1,67	0,53
8.	"Aufstieg" von QE 2 nach QE 3 (statistischer Ø)	0,67	wird angerechnet
9.	Übertragung von QE 3 Stellen auf AL II Absolventen (stat. Ø)	1,33	-1,33
10.	Teilnehmer/innen an Angestelltenlehrgängen I (stat. Ø)	-0,70	--
Bedarf:		10,83	9,41

In Personen (gerundet)

<b>11</b>	<b>9</b>
-----------	----------



**Personalausschuss am 29.4.2016;  
Einstellungsbedarf 2017  
Stellungnahme der Personalvertretung**

I.

Zunächst bedankt sich die Personalvertretung beim Personalamt für die geleistete sehr gute Arbeit bei der Verwaltungsausbildung.

Von der vorgelegten Einstellungsbedarfsberechnung für 2017 wird Kenntnis genommen.

In den Jahren 2015 und 2016 ergaben sich durch verschiedene Umstände große Lücken beim Verwaltungspersonal. In mehreren Fällen war es nicht möglich, freigewordene oder neugeschaffene Planstellen mit eigenem Personal zu besetzen bzw. vorübergehenden zusätzlichen Bedarf zu decken.

Durch Abwanderung von qualifizierten Kräften in andere Kommunen wurde die Situation noch verschärft. Außerdem können nach den Übernahmekriterien nicht immer alle ausgebildeten Kräfte übernommen werden.

Die Personalvertretung hat es sehr begrüßt, dass die Stadt Fürth externe Einstellungen anderswo ausgebildeter Kräfte getätigt hat, um die offenen Stellen zu besetzen.

Überwiegend ist es gelungen, gut geeignete Kräfte zu gewinnen, in einigen Fällen mussten jedoch während der Probezeit wieder Kündigungen ausgesprochen werden.

Aktuell sind in der Verwaltung einige Stellen unbesetzt und es sind keine Bewerbungen vorhanden.

Die Personalvertretung ist der Meinung, dass es besser ist, zusätzlich Kräfte selbst auszubilden, anstatt den Weg der externen Einstellung weiter zu verfolgen. Es sollte auch bedacht werden, dass der Markt „leergefegt“ ist.

Aus den genannten Gründen schlägt die Personalvertretung vor, eine „Aktion 2017“ zu starten. Wir schlagen vor:

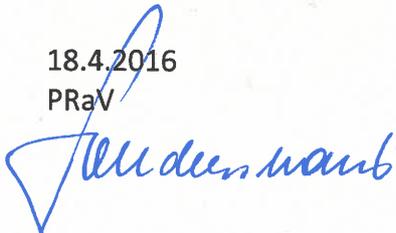
- zusätzliche Einstellung von 3 Nachwuchskräften im mittleren Funktionsbereich, also insgesamt 14 Personen
- Erhöhung in der QE 3 um eine Nachwuchskraft auf 10 Personen (Aufrundung)

II.

Zur Personalausschusssitzung am 29.4.2016

18.4.2016

PRaV



GPR



GJAV

Gez. Marco Mazza

Personalamt		
Abr	Arbn/S	B
PE/AusF		VZ
18. April 2016		
1. z.K.	2. z.w.V.	
3. Fax an	4. Kopie an:	
5. m. d. B. um Stellungnahme	6. m. d. B. um Rückfrage	
7. Bitte Antwort zur Unterschrift vorlegen		
8. Bitte Antwort vor Absendung vorlegen		
9. z. A. Arch/Rg.	10. WV	
Termin:		



**Berichtigung**

**Verfügung zum Antrag**

Antragsteller <b>Stadtratsgruppe DIE LINKE</b>	Antragsnummer <b>AG/0730/2016</b>	Antragsdatum <b>12.03.2016</b>
Gegenstand des Antrags <b>Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE vom 12.03.2016 - Ausbildungssituation bei der Stadt Fürth</b>	Bearbeiter <b>Anita Egermeier</b>	

- I. Gemäß Rücksprache mit dem Oberbürgermeister wird der Antrag nicht wie vorgesehen im Finanz- und Verwaltungsausschuss, sondern wie folgt behandelt:

**Personal- und Organisationsausschuss**  
(kommende Sitzung)

- II. BMPA/SD

1. Mail an Antragsteller/in bzw. antragstellende Fraktion/Gruppe
2. Mail an **Rf. II zur Vorbereitung für die Sitzung**
3. Mail an alle Fraktionen, Gruppen, Einzelstadtratsmitglieder, BMPA, BMPA/StR
4. Mail an Sitzungsverantwortliche/n f. Tagesordnung

- III. Z. A.

Fürth, 17.03.2016  
BMPA/SD  
I.A.  
gez. Egermeier

☎ 1095/1096



**Gruppe DIE LINKE.****im Fürther Rathaus**

- Stadtrat Ulrich Schönweiß
- Stadträtin Monika Gottwald

Königswarterstr. 16  
90762 Fürth

Tel. / Fax (tagsüber): 0911 / 43 72 10  
e-mail: dielinkegruppefuerth@yahoo.de  
www.die-linke-im-stadtrat-fuerth.de

<b>OBERBÜRGERMEISTER</b>					
<b>16. März 2016</b>					
D/PM	D/VZ	BMPA	GST	RpA	infra
Ref. I	Ref. II	Ref. III	Ref. IV	Ref. V	Ref. VI
Zur Kts.			z.w.V.		
m.d.B. um Stellungnahme					
bitte Antwort zur Unterschrift vorlegen					

An den  
Oberbürgermeister der Stadt Fürth  
-Stadtratsangelegenheiten-

Fax.: 0911 / 974-1005

Fürth, den 12.03.2016

Antrag / Anfrage  
Ausbildungssituation bei der Stadt Fürth

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Jung,

Wir beantragen Mitteilung, wie die Planungen für die kommenden Ausbildungsjahre aussehen.

Wie ist das Verhältnis Angestellte zu Auszubildende?

Wir empfehlen ein Verhältnis von 10:1.

Des Weiteren sollte hier darüber nachgedacht werden, für die Aufgaben im Bereich der Flüchtlingsarbeit, aus dem Betroffenenkreis Azubis zu akquirieren.

Begründung:

Immer mehr hört man von Fachkräftemangel. Wir als Stadt sollten hier als Vorbild voran gehen und Menschen den Einstieg ins Berufsleben ermöglichen.

Wir sind der Meinung, dass in den nächsten Jahren weiter Personal in der Flüchtlingsarbeit gebraucht wird. Hier wäre es von unschätzbarem Vorteil (auch Kostenmäßig), wenn Betroffene hier mitarbeiten. Sie können leichter kommunizieren und haben ein besseres Einfühlungsvermögen

Mit freundlichen Grüßen,  
Gruppe DIE LINKE im Fürther Rathaus

*f. d. G. u. G. h. e.*  
Ulrich Schönweiß und Monika Gottwald

## I. Vorlage

Beratungsfolge - Gremium	Termin	Status
Personal- und Organisationsausschuss	29.04.2016	öffentlich - Beschluss
Stadtrat	11.05.2016	öffentlich - Beschluss

### Stellenplan Rf. IV / SzA, Wohngeld - Personalbedarf

Aktenzeichen / Geschäftszeichen

#### Anlagen:

#### Beschlussvorschlag:

1. Die Stelle 50139 wird von Tz-0,64 auf Vollzeit erhöht und von VGr Vlb,1a / EGr 6 / BGr A 7 nach VGr Vc,1a / EGr 8 / BGr A 8 gehoben.
2. Im SzA, Sachgebiet Wohnungswesen, wird eine (Vollzeit-)Stelle Sachbearbeitung Wohngeld, VGr Vc,1a / EGr 8 / BGr A 8 neu geschaffen.

#### Sachverhalt:

Zum 01.01.2016 ist eine Reform des Wohngeldrechts in Kraft getreten, die dazu führen wird, dass sich sowohl die Höhe der durchschnittlichen Leistung als auch der Kreis der Wohngeldberechtigten deutlich erhöhen wird. Vermutlich wird es künftig 50 – 60% mehr Anspruchsberechtigte als bisher geben.

Dies führt zwangsläufig zu einem entsprechenden Personalmehrbedarf in unserer Wohngeldstelle. Mit personalwirtschaftlichen Maßnahmen ist hier die Stadt bereits in Vorleistung gegangen:

- es wurden drei überplanmäßige Kräfte zugewiesen (zwei in Vollzeit, eine in Teilzeit, wobei die Teilzeitkraft vom 01.01.2016 – 30.09.2016 beurlaubt ist)
- die Arbeitszeit der Inhaberin der Tz-Stelle 50139 wurde von Tz-0,64 (25 Std./Wo.) auf Vollzeit erhöht.

Eine abschließende Stellenbemessung kann erst nach Ablauf des ersten Jahres und den sich dabei ergebenden Fallzahlen erfolgen.

Ein gewisses Mindestmaß an Stellen sollte aber bereits jetzt festgelegt werden, um die Sachbearbeiter fester an ihre Aufgabe zu binden und ihnen frühzeitig eine langfristige Perspektive in ihrem Sachgebiet zu geben.

Derzeit verfügt die Wohngeldstelle über 2,64 VZÄ, wobei der Stelle 50140 auch Leitungsaufgaben obliegen, die in der u.g. Personalbemessung nicht berücksichtigt sind:

Stelle	Funktion	VZÄ
50133	SB Wohngeld	1,00
50139	SB Wohngeld (einfachere Fälle)	0,64
50140	Hauptsachbearb. Wohngeld	1,00
<b>Summe:</b>		<b>2,64</b>

Eine mit den Fallzahlen des Jahres **2014** durchgeführte Personalbedarfsbemessung ergab einen Stellenbedarf von **2,82 VZÄ**.

Für **2015** hat das SzA mit E-Mail vom 16.02.2016 nur die Gesamtzahl der Anträge mitgeteilt, die geringfügig unter den Zahlen von 2014 ist. Eine Aufschlüsselung der Zahlen (wie für 2014) kann lt. SzA derzeit nicht erfolgen, da hierfür im SzA keine Zeit zur Verfügung steht. Damit kann dann aber von OrgA auch noch keine detaillierte Personalbedarfsberechnung für 2015 erfolgen.

Für **2016** wird aufgrund der zum 01.01.2016 erfolgten Gesetzesänderung eine Steigerung der Antragszahlen zwischen 50 und 60% erwartet. Ausgehend von den für 2014 errechneten 2,82 VZÄ ergäbe dies eine Steigerung des Personalbedarfs um mind. 1,41 VZÄ auf mind. **4,23 VZÄ**.

Die Anzahl fester Stellen sollte daher bereits jetzt auf 4 Vollzeit-Stellen erhöht werden, indem

- die Stelle 50139 von Tz-0,64 auf Vollzeit erhöht wird
- eine neue Stelle für die Sachbearbeitung Wohngeld geschaffen wird.

Die neu geschaffene Stelle wird mit einer bereits zugewiesenen überplanmäßigen Kraft besetzt, so dass es de facto zu keiner Personalmehrung kommt, sondern einfach der Stellenplan dem tatsächlichen Bedarf angeglichen wird.

#### Stellenbewertung

SB-Stellen Wohngeld sind bei der Stadt Fürth grundsätzlich mit VGr Vc,1a / EGr 8 / BGr A 8 bewertet.

Da der Stelle 50139 früher nur einfachere Fälle übertragen waren, war sie mit VGr VIb,1a / EGr 6 / BGr A 7 bewertet. Lt. SzA kann die Inhaberin der Stelle 50139 inzwischen vollumfänglich für die Wohngeldsachbearbeitung eingesetzt werden (auch schwierigere Fälle).

Um einen flexiblen Personaleinsatz und eine Arbeitsaufteilung nach Buchstaben zu ermöglichen, wird künftig auch die Stelle 50139 mit VGr Vc,1a / EGr 8 / BGr A 8 bewertet.

Da auch die neue Stelle vollumfänglich für die Wohngeldsachbearbeitung eingesetzt werden soll, ist sie ebenfalls mit VGr Vc,1a / EGr 8 / BGr A 8 zu bewerten.

#### Kosten

Stellenplanänderung	Kosten
Erhöhung der Stelle 50139 auf Vollzeit	17.570 €
Hebung der Stelle 50139 nach EGr 8	4.600 €
Neuschaffung einer VZ-Stelle in BGr A 8	61.670 €
<b>Summe</b>	<b>83.840 €</b>

#### Kompensation

Durch die erhöhten Wohngeldzahlungen werden nach einer Schätzung des Jobcenters bis zu 150 Bedarfsgemeinschaften aus dem SGB II-Bezug herausfallen und dadurch voraussichtlich ein sechsstelliger Eurobetrag eingespart.

**Finanzierung:**

Finanzielle Auswirkungen		jährliche Folgekosten				
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Gesamtkosten	€	<input type="checkbox"/> nein	<input checked="" type="checkbox"/> ja	83.840 €
Veranschlagung im Haushalt		Budget-Nr.		im		
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Hst.		<input type="checkbox"/> Vwhh	<input type="checkbox"/> Vmhh	
wenn nein, Deckungsvorschlag:						

**Beteiligungen**

Auftrag:	Käm beteiligt	an Organisationsamt von	13.04.2016
Ergebnis:			

II. BMPA / SD zur Versendung mit der Tagesordnung

III. Beschluss zurück an **Organisationsamt**

Fürth, 15.04.2016

---

Unterschrift der Referentin bzw.  
des Referenten

Organisationsamt



**I. Vorlage**

<b>Beratungsfolge - Gremium</b> Personal- und Organisationsausschuss	<b>Termin</b> 29.04.2016	<b>Status</b> öffentlich - Kenntnisnahme
---	-----------------------------	---

**Stellenplan Rf. V / GWF / BaF; Einnahmenentwicklung bei den Verwaltungsgebühren der Bauaufsicht**

Aktenzeichen / Geschäftszeichen	
<b>Anlagen:</b>	

**Beschlussvorschlag:**

Von der Entwicklung der Einnahmen bei den Verwaltungsgebühren der Bauaufsicht im Jahr 2015 wird Kenntnis genommen.

**Sachverhalt:**

Mit Stadtratsbeschluss vom 24.07.2013 wurde im Rf. V/GWF/Bauaufsicht die Vollzeit-Stelle 65638, Sachbearbeitung Baugenehmigungsverfahren, BGr A 10, neu geschaffen. Der Stellenschaffung im Juli 2013 lagen folgende Einnahmen bei den Verwaltungsgebühren der Bauaufsicht zu Grunde:

Jahr	Rechnungsergebnis
2008	367.321,60 €
2009	365.354,94 €
2010	500.712,85 €
2011	384.088,26 €
2012	788.340,67 €

Dabei wurde auch beschlossen, dass dem Personal- und Organisationsausschuss über die weitere Entwicklung der Einnahmen bei den Verwaltungsgebühren der Bauaufsicht berichtet werden soll.

Im 1. Bericht an den Personal- und Organisationsausschuss am 20.03.2015 wurde festgelegt, dass im 1. Halbjahr 2016 ein weiterer Bericht für das Gesamtjahr 2015 erfolgen soll.

Seit der Stellenschaffung ergibt sich folgendes Bild:

Jahr	Rechnungsergebnis
2013	754.772,58 €
2014	403.657,32 €
<b>2015</b>	<b>646.103,62 €</b>

Das hohe Niveau von 2012 konnte im Jahr 2013 noch beibehalten werden. Von 2013 auf 2014 ist es dann zu einem deutlichen Rückgang bei den Gebühreneinnahmen gekommen. Die in 2015 wieder deutlich höheren Gebühreneinnahmen zeigen, dass sich die Bautätigkeit in Fürth weiterhin auf einem hohen Niveau bewegt.

Die weitere Notwendigkeit der Stelle 65638 kann daher bestätigt werden.

**Finanzierung:**

Finanzielle Auswirkungen	jährliche Folgekosten			
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Gesamtkosten	€	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	€
Veranschlagung im Haushalt				
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Hst.	Budget-Nr.	im	<input type="checkbox"/> Vwhh <input type="checkbox"/> Vmhh
wenn nein, Deckungsvorschlag:				

**Beteiligungen**

- II. BMPA / SD zur Versendung mit der Tagesordnung
- III. Beschluss zurück an **Organisationsamt**

Fürth, 15.04.2016

\_\_\_\_\_  
Unterschrift der Referentin bzw.  
des Referenten

Organisationsamt

